

Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Wirtschaftswissenschaft
Lehrstuhl für Makroökonomik
Professor Dr. Michael Roos
Honors Class
Wintersemester 2014/15

Tagung:

Banken und Finanzmärkte: Sicher und langfristig?

Verfasser:

Nadine Döll, Norman Isermann, Jennifer Rogmann, Martin Schottek, Matthias
Arthkamp

Einführung

Die *Honors Class in Macroeconomics* ist ein Zusammenschluss von Studierenden der Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, welche, aufgrund ihrer Leistungen, vom Lehrstuhl für Makroökonomik eine besondere und individuelle Förderung erhalten. Sie bekommen einen Einblick in die Arbeit des Lehrstuhls, werden auf ihrer weiteren Laufbahn begleitet, arbeiten an gemeinsamen Projekten und nehmen an gemeinsamen Exkursionen mit dem Lehrstuhl teil.

Eine solche Exkursion fand am 4. Dezember 2014 nach Berlin statt, wo eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Tagung zum Thema „Banken und Finanzmärkte: Langfristig und sicher?“ stattfand. Diese war weniger auf Fachpublikum, sondern mehr auf Mitglieder der Zivilgesellschaft ausgerichtet und bestand aus vier Podiumsdiskussionen.

In dieser kleinen Veröffentlichung informieren wir über die Inhalte der vier während dieser Veranstaltung geführten Podiumsdiskussionen und setzen uns mit ihnen auseinander.¹

Wir hoffen, die Leser für das Thema Finanzmärkte zu interessieren und insbesondere Studierende der Ruhr-Universität zu motivieren, sich intensiv mit dem Thema Makroökonomik auseinanderzusetzen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

¹ Die gesamte Tagung ist auf der folgenden Seite auch als Video verfügbar:
http://www.fes.de/wiso/veras/v_finanzpolitik.php

Bankenregulierung: Was machen die Banken?

Martin Hellwig, Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeingütern

Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer und Vorstandsmitglied des Bundesverbands deutscher Banken

Íñigo Arruga Oleaga, Senior Legal Counsel der Europäischen Zentralbank

Paulina Przewoska, Senior Policy Analyst bei Finance Watch

Die Podiumsdiskussion folgte im direkten Anschluss an die Einführungsrede des Mitveranstalters, **Benoît Lallemand**, den kommissarischen Generalsekretär von Finance Watch. Monsieur Lallemand warb in seiner Einführungsrede für bessere und nicht ein Mehr an Regulierung. Die bisherigen Beschlüsse werden dabei von den Banken als „Tsunami an Regulierungen“ wahrgenommen, der seit Ausbruch der Krise über sie herein gebrochen sei.

Als zweiten Punkt kritisierte er die Funktionsweise des Finanz- bzw. Bankensystems und wies darauf hin, dass die bisherigen Regelungen dem Ziel einer Nicht-Schädigung der Gesellschaft dienen, als vielmehr einer Änderung hin zu Finanzmärkten, welche die Aufgabe verfolgten, der Gesellschaft zu dienen. Den dritten Kritikpunkt im Rahmen seiner Analyse der bisherigen Finanzmarktregulierung sah Monsieur Lallemand in der Tatsache, dass den bisherigen Regulierungen viele weitere Schritte folgen müssten und er befürchtete, dass diese notwendigen Reformschritte als Folge der Wachstumsschwäche in Europa ausblieben.

Martin Hellwig argumentierte ebenfalls, dass erst einige Schritte in Richtung einer ausreichenden Regulierung gegangen und weitere Reformen dringend notwendig seien. Er verglich den jetzigen Zustand der Regulierungsreformen mit der Senkung des Tempolimits für Gefahrentransporter in einem Tunnel von 150 km/h auf 140 km/h, nachdem sich zuvor ein schwerer Unfall in diesem Tunnel ereignet hatte.

Dabei begründete Herr Hellwig sein Statement anhand von drei Punkten, die seiner Meinung nach zu dem Schluss führten, dass die bisherigen Regulierungen unzureichend seien. Erstens existiere immer noch keine ausreichende Möglichkeit systemrelevante und international

agierende Banken abzuwickeln. Zweitens sei selbst im Rahmen der angedachte Abwicklung die Liquiditätsversorgung im Markt nicht gesichert. Sollten in Folge einer Abwicklung Kapitalgeber kein kurzfristiges Kapital bereitstellen, müsse geklärt werden, wer kurzfristig für die Kapitalisierung im Markt Sorge. Drittens sei die allgemeine Verschuldung zu hoch, sowohl die der Staaten, als auch die der Unternehmen und Haushalte. Er plädierte daher zum Abschluss für eine deutlich höhere Eigenkapitalanforderung an Banken, da die bisherigen 2%-6% nicht ausreichten. Notwendig seien ca. 30% (ungewichtetes) Eigenkapital.

Paulina Przewoska stimmte mit **Íñigo Arruga Oleaga** darin überein, dass gerade in Krisenzeiten eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen schwierig zu realisieren und vor allem in wirtschaftlich guten Zeiten leichter zu implementieren sei. Zur Bewertung der bisherigen Regulierungs- und Reformschritte wies **Herr Oleaga** darauf hin, dass im Rahmen der Krisenaufarbeitung viele strukturelle Problematiken gleichzeitig angegangen worden seien. Er betonte in diesem Rahmen besonders, dass die implementierte Bankenaussicht seiner Meinung nach ausreichende Befugnisse aufweise. **Frau Przewoska** argumentierte jedoch, dass dringend Strukturreformen innerhalb der Banktätigkeiten angegangen werden müssten, wie beispielsweise die Trennung von Investmentaktivitäten vom klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft. Somit würde Risiko mit den korrekten Preisen in Einklang gebracht werden.

Michael Kemmer unterstütze die Forderungen nach einer noch höheren Eigenkapitaldecke hingegen nicht. Aufgrund der derzeit ohnehin geringen Eigenkapitalrendite von Banken würde eine höhere Anforderung zu einer Reduktion der Aktiva führen, was im Rahmen der derzeitigen Wachstumsschwäche Europas kontraproduktiv sei. Dies gelte auch für die Einführung eines Trennbankensystems, welches hohe administrative Kosten und steuerliche Nachteile beinhalte und sich somit ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirke.

Auch wenn **Herr Hellwig** diesen Argumenten nicht direkt widersprach und außerdem dem Argument der auftretenden Widerstände seitens der Eigenkapitalgeber zustimmte, so wies er darauf hin, dass der derzeitige Wert des Eigenkapitals zum Teil darin bestehe, dass im Krisenfälle die Option existiere, die Risiken bzw. Schulden nicht tragen zu müssen. Es seien damit künstliche Marktaustrittsbarrieren entstanden, die zur Entstehung von Überkapazitäten beigetragen hätten. **Herr Kemmer** tritt die Existenz von Überkapazitäten nicht ab, wies jedoch erneut darauf hin, dass auch der Abbau von Kapazitäten ein Schrumpfen der Aktiva bedeute und ebenfalls eine Verteuerung der Bankdienstleistungen, welches schließlich das Wachstum

empfindlich schädigen würde.

Zur Bewertung der Podiumsdiskussion lässt sich sagen, dass die Teilnehmer einen umfassenden Einblick in die bisherige Regulierung gewährten und außerdem kritische Punkte überzeugend darstellten. Es hätte jedoch verstärkt eine Gegenüberstellung der Argumente stattfinden können.

So waren sich beispielsweise die Teilnehmer darin einig, dass auf dem europäischen Bankenmarkt Überkapazitäten existierten. Es stellt sich daher die Frage, ob **Herr Kemmers** Argument einer Schädigung des Wachstums eine ausreichende Begründung darstellt, einen Abbau dieser Überkapazitäten zu verzögern. Würde die Einführung eines Trennbankensystems mit signifikant höheren Eigenkapitalanforderungen für Investmentbanken nicht ausschließlich zu einer Reduktion von Risikoinvestments führen, während die klassische Kreditvergabe nicht betroffen wäre? Würde somit nicht eine korrektere Darstellung des Risikos in Preisen stattfinden und daher ein effizienterer Wettbewerb auf den Kapitalmärkten implementiert? Solche kontroversen Argumente hätten verstärkt berücksichtigt werden können, um eine noch lebhaftere Debatte zu erzeugen.

Bankenregulierung: Was machen die Staaten?

Arnoud W. A. Boot, Professor für Unternehmensfinanzierung und Finanzmärkte an der Universität Amsterdam

Korbinian Ibel, Leiter des Direktorats Micro-Prudential Supervision IV, Europäische Zentralbank (in Vertretung für die Vorsitzende des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB, **Danièle Nouy**)

Ludger Schuknecht, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen und internationale Wirtschaftspolitik des Bundesministeriums der Finanzen

Peter Wahl, Vorsitzender von „Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)“

Korbinian Ibel stellte zu Beginn die großen Fortschritte heraus, die seit Ausbruch der Krise gemacht worden seien: So gebe es nun eine einheitliche europäische Bankenaufsicht, einen Abwicklungsfonds für Banken und entsprechende Aufsichtsgremien für jedes Land. In der Vergangenheit hätten Banken durch regulative Arbitrage die bisherigen Aufsichtsmechanismen umgangen. Die einheitliche Aufsicht solle nun dazu beitragen, diesen Fehler zu vermeiden, und außerdem solide von instabilen Banken trennen, sowie mögliche Gefahren für das europäische Finanzsystem analysieren.

In diesem Zusammenhang forderte er von den Banken, notfalls ihr Geschäftsmodell zu überdenken, wenn dieses durch die strengere Aufsicht nicht mehr tragfähig sei.

Peter Wahl stellte die Praktikabilität der Regulierung grundsätzlich in Frage: Das Finanzsystem sei weiterhin viel zu komplex, um es effektiv zu beaufsichtigen.

Ferner könne er aus dreierlei Gründen diesen von **Ibel** propagierten Politikwandel nicht erkennen. Erstens seien die Stresstests der EZB wegen der viel zu geringen Anforderungen an die Banken reine „PR-Aktionen“. Zweitens blende die Gewichtung des Anlagenrisikos das systemische Risiko aus. Drittens habe in den großen Banken ferner kein Personalwechsel stattgefunden, sodass dieselben Menschen, welche die Krise verursacht hätten, noch immer für den Bankensektor verantwortlich seien.

In dieselbe Richtung argumentierte **Boot**, welcher ein hinreichendes Verständnis der Finanzaufsicht bezüglich des Finanzsystems bezweifelte: In großer Geschwindigkeit würden nämlich immer neue Finanzprodukte erfunden, d.h. die Aufsicht sei nie auf der Höhe ihrer Zeit. Man müsse sich von der Illusion befreien, eine allumfassende Regulierung jeglichen Risikos herbeiführen zu können. Problematisch sei ebenfalls die Übernahme der impliziten Regeln des Finanzsystems auf die Finanzaufsicht.

Wie **Wahl** hält auch er eine umfassende und vollständige Einschätzung des Risikos wegen der Komplexität des Finanzsystems mit seinen vielen wechselseitigen Einflüssen für unmöglich.

Zur Bewertung lässt sich sagen, dass die Kritik am neuen System der Bankenaufsicht überzogen schien, wenn man bedenkt, dass sich die Bankenaufsicht nun einer neuen Aufgabe widmen muss, für die es in dieser Form keine Vorstrukturierung gibt. Bezüglich der Kritik an den Stresstests wurde ebenfalls nicht berücksichtigt, dass diese mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine politische Funktion haben, da schlechte Ergebnisse unabwägbare Folgen auf ein destabilisiertes Bankensystem haben könnten.

Eine Kritik von Herrn **Wahl** und Herrn **Boot** am Bankensystem und deren Aufsicht im Zuge der Krise stimmt besonders nachdenklich. Nach ihren Aussagen scheint es keinen tiefgreifenden Denkprozess bei Aufsehern und Politikern gegeben zu haben. Es scheint dass sich die Wahrheit zwischen Herrn Ibels optimistischer Einschätzung der neuen Bankaufsicht und den recht pessimistischen Einschätzungen der beiden Kritiker befindet. Alles in allem entstand bei mir der Eindruck, dass die Bankenregulierung sich in einer sehr frühen Aufbauphase befindet und neue Prozesse erst implementiert werden müssen, ohne dass Erfolg garantiert werden kann.

Kapitalmarktfinanzierung: Langfristige Lösungen oder Risiken?

Alexander Barthel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

Daniela Gabor, Associate Professor an der Universität von Westengland

Martin Merlin, Direktor der Abteilung Finanzmärkte und in der Generaldirektion Binnenmarkt der Europäischen Kommission

Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband

Martin Merlin eröffnete die Diskussion und stellte die These auf, effiziente Finanzsysteme seien notwendig, jedoch nicht ausreichend, um Wirtschaftswachstum zu generieren: Das Bankensystem kämpfe derzeit vielmehr immer noch mit den Ausläufern der Krise und sei noch nicht in der Lage, Wachstum von Volkswirtschaften zu begleiten.

Nötig sei, dass das Bankensystem Hand in Hand mit den Kapitalmärkten gehe: Dabei müsse die Aufgabe der Kapitalmärkte in erster Linie darin bestehen, Kapital zur Verfügung zu stellen und Risiken effizient zu verteilen. Im Gegensatz zu Banken, die sich hauptsächlich aus Fremdkapital finanzierten, könnten diese aufgrund des größeren Eigenkapitals wie ein *shock absorber* agieren. Auch ohne direkten Einfluss der Kapitalmärkte auf die Realwirtschaft sieht er eine Notwendigkeit für Unternehmen und Privatakteure, sich vermehrt dort zu finanzieren, um ein langfristiges Gleichgewicht im Finanzsektor herzustellen.

Daniela Gabor wies jedoch auf die Unzulänglichkeiten auch der europäischen Kapitalmärkte hin, wo es im Verbriefungsmarkt einen relativ großen Schattenmarkt gebe, dessen Finanzierung unklar sei. Außerdem bemängelte sie eine unzureichende Restrukturierung des REPO-Marktes nach der Finanzmarktkrise.

Alexander Barthel widersprach als Vertreter des deutschen Handwerks und Mittelstandes **Merlin** dahingehend, dass die Finanzierung über die Kapitalmärkte für kleine und mittlere Unternehmen weder sinnvoll noch rentabel sei.

Außerdem sei es bei aller Regulierung des Bankensektors wichtig, den Unternehmen die Kreditfinanzierung nicht zu erschweren; schließlich sei das Kreditgeschäft kaum für den Ausbruch der Finanzkrise verantwortlich zu machen.

Klaus Müller sieht die Gründe für die geringe Nutzung der Kreditmärkte durch private Haushalte im Interesse der Verbraucher, sichere Geldanlagen zu halten und planbare Zinserträge zu realisieren, was durch den Vertrauensverlust in die Kapitalmärkte zusätzlich verstärkt worden sei.

Aus diesem Grunde bereite ihm die aktuelle Nullzinspolitik Sorge: Er stellt in Frage, ob die europäischen Regierungen im Sinne ihrer Bürger handeln, wenn sie sie zur größeren Nutzung der Kapitalmärkte drängten.

Merlin stimmte seinen Vorrednern zu, es bestehe ein Nachfrageproblem der privaten Akteure und Unternehmen in Bezug auf die Kapitalmarktfinanzierung. Sein Lösungsvorschlag sieht vor, hochqualitative und transparente Kapitalmärkte neben dem Bankensektor zu etablieren, um so z.B. die Nachfrage nach Staatsanleihen anzukurbeln.

Müller möchte hingegen vielmehr im privaten Sektor, z.B. im Bereich der Infrastruktur, Anreize für Investitionen setzen: Es solle daher vermehrt die private Beteiligung an Investitionen ermöglicht werden, diese müsse jedoch fair gestaltet sein.

Private Beteiligungen – warf **Merlin** ein – gebe es unter bestimmten Voraussetzungen zum Teil bereits heute.

Gabor fügte hinzu, die Europäische Kommission sei gefragt, die Investitionsnachfrage anzukurbeln, woraufhin **Barthel** jedoch vor einer möglichen 'Ketchup-Inflation' warnte, bei der immer mehr Geld in Umlauf gebracht werde, ohne dass zunächst deutliche Auswirkungen zu spüren seien, diese dann jedoch plötzlich und umso heftiger aufträten.

Kontrovers wurde anschließend im Plenum diskutiert, ob die Nachfrage nach vermeintlich risikoreichen Kapitalmarktprodukten deswegen so überaus gering sei, weil man sich in einer Liquiditätsfalle befinde, in der alle Marktteilnehmer das Vertrauen in das Funktionieren des Finanzsystems verloren hätten und sich extrem risikoavers verhielten.

Wir finden, dass dieser Vertrauensverlust sicherlich ein weiterer wichtiger Grund für die fehlende Kreditnachfrage der Marktteilnehmer und in der Diskussion zu kurz gekommen ist. Das Ziel muss es also sein, dieses Vertrauen in den Finanzsektor schnellstmöglich wiederherzustellen.

Langfristige Finanzierung: Welche Finanzierung für welche Investition durch wen?

Udo Bullmann, Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD/S&D) und des ECON-Ausschusses

Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVG) und stellvertretender Vorsitzender des ECON-Ausschusses

Stefan Körzell, Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Eröffnet wurde das Podium durch **Stefan Körzell**. Er führte zunächst die drei finanzpolitischen Hauptprobleme auf, die er zurzeit in Europa sehe: Erstens die trotz der vorhandenen angebotsorientierten Reformen zu niedrige Inflationsrate. Zweitens die wegen der geringen öffentlichen Investitionen, die niedriger als die Abschreibungen seien, verkommene Infrastruktur. Drittens der wegen der geringen Investitionen der Unternehmen große Nachfrageeinbruch: Im Jahr 2013 seien die Investitionen um 430 Milliarden Euro geringer ausgefallen als 2007.

Er forderte, diese Blockade einerseits mithilfe des sogenannten „DGB-Marshallplans“ und andererseits über eine Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen um 260 Milliarden Euro zu lösen, um Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren.

Das für letzteren Punkt notwendige Instrument sei ein, u.a. aus einer einzuführenden Finanztransaktionssteuer zu finanzierender, „Europäischer Zukunftsfonds“. Dies werde das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union um 3% erhöhen.

Markus Ferber erwiderte, aktuell werde nur in elf der 28 EU-Staaten über die Transaktionssteuer debattiert, sodass diese kaum implementierbar sei. Außerdem gebe es in den Haushalten generell keine zweckgebundenen Steuern.

Das Problem sah er nicht in einem Mangel an Kapital, sondern darin, dass dieses keine gesicherte mittel- und langfristige Rendite in Aussicht stelle. Er forderte, in diesem Bereich entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Udo Bullmann ging noch einen Schritt weiter: Man könne seit 2007 sogar von einem Industrieabbau und Kapitalstockverfall sprechen. Darum müsse schnellstens über Gegenmaßnahmen entschieden werden.

Die Allokation laufe nicht adäquat ab, weil der Staat die Angelpunkte des zukünftigen Marktes weder bestimmen könne noch wolle. Er forderte einen Policy-Mix mit dem Ziel einer wohlfahrtsorientierten Investitionspolitik.

Ferber bezog Stellung zum „Junker-Plan“, den er für ungeeignet hielt, Investitionen zu fördern, weil der dort vorgeschlagene Hebel in Höhe von 15 von keiner europäischen Bank zu finanzieren sei. Dies führe nicht zu zusätzlichen Investitionen, sondern ausschließlich zu einer Verschiebung öffentlicher Investitionen. Besser seien hier Mischfinanzierungen; in diesem Punkt stimmte ihm **Bullmann** zu.

Die Frage, ob die Schuldenbremse ein Fehler gewesen sei, bejahte **Körzell**, weil nötige Investitionen nun auf die Privathaushalte allein zurückfielen; die Politik müsse diese Fesseln wieder lösen.

Bullmann verwies diesbezüglich auf Aussagen der KfW, Europa fehle es an großen Projekten. Er sprach von einer kollektiven Verantwortung, die ganz Europa gemeinsam zu tragen habe und ergänzte, Politik müsse schon heute einen Plan für die Zukunft haben.

Bezüglich des „Junker-Plans“ sei ein Einstandsfonds notwendig, wobei die Entscheidung über Projekte nicht zentral, sondern lokal zu treffen sei.

Resümierend betrachtet führte die Podiumsdiskussion eine Bandbreite an Möglichkeiten auf, mit den aktuellen Problemstellungen umzugehen.

Negative Vorurteile gegenüber 'politischen Reden' wurden durch die Gesprächstiefe und -intensität der Teilnehmer widerlegt.

Die meisten Zuhörer waren positiv überrascht von den EU-Parlamentariern, denn sie hatten das Gefühl, dass diese sich ausführlich mit der Thematik beschäftigt hatten.